

SPD attackiert Ostrowski wegen Maklertätigkeit für Woba

Nolle droht mit Anzeige / Friedel fordert Maßnahmen gegen Korruption / Linkspartei sieht bitteren Beigeschmack

Als Kanzler hat Gerhard Schröder (SPD) den Weg geebnet für den Bau einer Erdgas-Pipeline in der Ostsee. Darf Schröder jetzt bei Russlands Gasriesen Gazprom, der mehrheitlich an obigem Projekt beteiligt ist, als Berater sein Geld verdienen? Als Stadträtin hat Christine Ostrowski (Linksfraktion.PDS) den Verkauf der Woba mit auf den Weg gebracht. Darf sie jetzt für den neuen Woba-Eigentümer Gagfah Hausverkäufe vermitteln? Die SPD in Dresden meint zumindest bei Ostrowski: Nein. Der „Chefankläger“ im Sächsischen Landtag, Karl Nolle, will die Linke Ostrowski gar anzeigen.

Ostrowski ist seit einem Jahrzehnt die wohnungsbaupolitische Expertin der

Linken. Im Herbst vergangenen Jahres hat die 62-Jährige ihre Maklerzulassung erworben, verdient nun als freie Maklerin ihre Brötchen mit dem Vermitteln von Wohnungen und Häusern. Im Zuge dessen sei sie als „Ostrowski Immobilien“ bei die Gagfah „selbst vorstellig geworden“, um Objekte für ihre Maklertätigkeit zu akquirieren, erklärt Ostrowski. Sie habe zwei Immobilien aus dem Woba-Bestand verkaufen können: auf der Bergmannstraße 35 (Striesen) und auf der Malerstraße 10 (Loschwitz). „Die Provision zahlt allerdings der Käufer, nicht die



Christine Ostrowski
Foto: Archiv

Gagfah“, betont Ostrowski. Das ficht die SPD nicht an. Die frisch gebackene SPD-Parteichefin Sabine Friedel forderte Ostrowski gestern schon mal auf, das Stadtratsmandat niederzulegen, wenn „Frau Ostrowski Provisionen von der Gagfah erhält“. Friedel hatte sich offenbar zuvor nicht erkundigt, wie sich das mit den Provisionen in der Immobilienbranche verhält. Die SPD-Vorsitzende fordert jetzt sogar Maßnahmen gegen Korruption.

Karl Nolle, SPD-Schwergewicht im Landtag, polterte wie gewohnt. Er prüfe, ob Anhaltspunkte für Bestechlichkeit

oder andere Formen von Korruption vorliegen, um „die Sache schnellstens den Staatsanwälten der Sonderermittlungseinheit Ines zu übergeben“, zitiert ihn die „Sächsische Zeitung“.

Auch die Linkspartei meldete sich zu Wort. Der Woba-Verkauf erhalte nachträglich einen bitteren Beigeschmack, sagte Pressesprecher Thomas Westphal. Linke-Stadträtin Cornelia Ernst hingegen hielt sich mit einer Wertung zurück. Wenn man bei allen 70 Stadträten genauer hingucke, gebe es immer Verquickungen. Auf die Frage, ob sie damit auch die Tätigkeit von Tilo Kießling beim Roten Baum e. V. und im Jugendhilfeausschuss meine, lächelte sie nur gequält.

Ralf Redemund